

Handbuch zum Migrationsrecht

Marc Spescha
Antonia Kerland
Peter Bolzli

3., unveränderte Auflage 2015

orell füssli Verlag

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	21
Lesehinweise	29
Einleitung	31
I Schweiz: Vom Auswanderungsland zur Einwanderungs- gesellschaft	35
1 Ursprünge der «humanitären Tradition» der Schweiz.....	35
2 Auswanderungsland bis Ende der 1880er-Jahre.....	37
3 Wachsende Überfremdungsängste zu Beginn des 20. Jahrhunderts.....	38
4 Die Praxis der Überfremdungsabwehr nach dem Ersten und während des Zweiten Weltkrieges.....	41
5 Das Ausländergesetz im Dienste arbeitsmarktlicher Interessen.....	45
5.1 Arbeitsimmigration im Schatten des Überfremdungsdiskurses.....	45
5.2 Schwarzenbach-Initiative, bundesrätliche Begrenzungs- politik und Export von Arbeitslosigkeit.....	48
5.3 Arbeitsimmigration im Spiegel der Konjunktorentwicklung und der Boom-Jahre 1985–1991.....	49
6 Immigration durch Familiennachzug und als Asylimmigration in den 1990er-Jahren.....	50
7 Dauerbrenner Asylpolitik, freier Personenverkehr in Europa und neues Ausländergesetz.....	51
8 Die «neue» Fremdenangst – erfolgreich mobilisiert.....	54
8.1 Die Zäsur vom 9. Februar 2014.....	55
8.2 «Wer A sagt, muss nicht B sagen ...» oder: Was für die Zukunft der «Bilateralen» zu tun ist.....	56
8.3 Zusätzliche Hürden auf dem Weg zum Bürgerrecht.....	58
9 Europäisches Abschottungssystem gegen unerwünschte «Boots- flüchtlinge» gescheitert.....	59
9.1 Von der «menschenrechtlichen Einhegung der Europäischen Grenzkontrolle»	59

9.2 ... zu einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik?	61
II Dimensionen und Facetten der «neuen Einwanderung»	67
1 Vorrangige ökonomische Interessen und Familiennachzug	67
2 Mehr als zwei Drittel der «Ausländer» in der Schweiz stammen aus EU-/EFTA-Staaten	72
3 Migrationspolitik zwischen Populismus, Realitätsverleugnung und Pragmatismus	73
III EU-/EFTA-Staaten/Drittstaaten: Duales System, Rechtsquellen und der Unterschied zwischen Rechtsanspruch und Ermessen	77
1 Das FZA als Rechtsgrundlage der Personenfreizügigkeit für EU-/EFTA-Bürger und deren Familienangehörige	77
1.1 Die Staatsangehörigen der «alten» EU-Mitgliedsländer und die Staatsangehörigen der EFTA-Länder	77
1.2 «Neue» EU-Staaten sowie Rumänien und Bulgarien und Fortführung des Abkommens	78
2 Das Ausländergesetz (AuG) als «Bollwerk» gegen Einwanderungs- willige aus sog. Drittstaaten und im Dienste von Völkerrecht, Humanität und Familienleben	80
2.1 Arbeitsimmigration als Eliteimmigration	80
2.2 Familiennachzug, völkerrechtliche Verpflichtungen und humanitäre Gründe	81
2.3 Ausgeklügeltes Instrumentarium gegen Missbrauch und zur Entledigung «unerwünschter» Ausländer	81
2.4 Zahlreiche Verordnungen zum AuG und ergänzende Gesetze	81
3 Niederlassungsvereinbarungen als staatsvertragliches Sonderrecht	83
4 Multilaterale Abkommen und völkerrechtliche Normen mit Bedeutung für das Migrationsrecht	84
4.1 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	84
4.2 UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes (KRK)	86
4.3 UN-Pakt II über die bürgerlichen und politischen Rechte	87
5 Schutz durch die Bundesverfassung?	87
6 Die Unterscheidung zwischen Rechtsanspruch und Ermessen	89
IV Einreisevoraussetzungen und Visumpflicht	95
1 Die Schweiz als Schengen-Mitglied	95

2	Allgemeine Voraussetzungen für den Grenzübertritt in die Schweiz	98
2.1	Was gilt als gültiges und anerkanntes Reisedokument?	99
2.2	Wer braucht ein Visum und zu welchen Zwecken wird es ausgestellt? ...	99
2.2.1	Staatsangehörige eines Schengen-Staates und der EU	100
2.2.2	Drittstaatsangehörige für Kurzaufenthalte bis zu drei Monaten (Schengenvisum oder Visum mit räumlich beschränkter Gültigkeit)	100
2.2.3	Drittstaatsangehörige für längere Aufenthalte (nationales Visum)	102
2.2.4	Der Aufenthaltswitzweck muss belegt werden	102
2.2.5	Besonderheiten bei bewilligungspflichtigen Aufenthalten	102
2.3	Wann ist die Voraussetzung genügender finanzieller Mittel für die Dauer des Aufenthaltes erfüllt?	103
2.3.1	Nachweis durch die gesuchstellende Person	103
2.3.2	Verpflichtungserklärung	103
2.3.3	Reisekrankenversicherung	104
2.4	Wer stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bzw. für die internationalen Beziehungen dar?	105
2.5	Was sind Entfernungs- und Fernhaltungsmassnahmen?	105
2.6	Was bedeutet die Voraussetzung der gesicherten Wiederausreise?	107
2.7	Wie berechnet sich die zulässige Aufenthaltsdauer von 90 Tagen je Zeitraum von 180 Tagen?	114
3	Das Verfahren der Visumerteilung	116
3.1	Visum für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten (Schengenvisum oder Visum mit beschränkter räumlicher Gültigkeit)	118
3.2	Visum für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten und bewilligungspflichtige Aufenthalte (nationales Visum)	120
3.3	Wie kann gegen eine Abweisung des Visumgesuchs vorgegangen werden?	121
4	Verlängerung eines Visums	122
5	Rückreisevisum	123
6	Meldepflichten nach der Einreise	124
6.1	Meldepflicht für Aufenthalte ohne Erwerbstätigkeit	124
6.2	Meldepflicht für Aufenthalte mit Erwerbstätigkeit	124
6.3	Weitere Meldepflichten	124

7	Änderung des Aufenthaltszweckes nach der Einreise	124
V	Anwesenheitsregelung, Bewilligungsarten und deren Um-	
	wandlung	127
1	Die Regelung der Anwesenheit	127
1.1	Die Bewilligungspflicht	127
1.2	Das Bewilligungsgesuch	128
1.3	Die Bewilligungserteilung und der entsprechende Ausländerausweis ...	129
1.4	Geltungsbereich der Bewilligung	130
2	Die Aufenthaltsbewilligung (B-Ausweis).....	131
2.1	Das «B»: Die befristete und zweckgebundene Bewilligung	131
2.1.1	Dauer und Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung	131
2.1.2	Das Verhältnis von Aufenthalt und Aufenthaltszweck	132
2.2	B-Ausweis EU/EFTA	134
2.2.1	Voraussetzungen	134
2.2.2	Dauer und Verlängerung	135
2.2.3	Geografische und berufliche Mobilität	135
2.3	B-Ausweis für Drittstaatsangehörige	136
2.3.1	Voraussetzungen	136
2.3.2	Dauer und Verlängerung	138
2.3.3	Geografische und berufliche Mobilität	138
3	Die Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis)	139
3.1	Das «C»: Die Bewilligung für Einheimische ohne Schweizer Pass.....	139
3.2	C-Ausweis EU/EFTA	140
3.2.1	Voraussetzungen	140
3.2.2	Geografische und berufliche Mobilität	140
3.3	C-Ausweis für Drittstaatsangehörige.....	141
3.3.1	Voraussetzungen	141
3.3.2	Geografische und berufliche Mobilität	143
4	Die Kurzaufenthaltsbewilligung (L-Ausweis).....	144
4.1	L-Ausweis EU/EFTA	144
4.1.1	Voraussetzungen	144
4.1.2	Dauer und Verlängerung	144
4.1.3	Geografische und berufliche Mobilität	144
4.2	L-Ausweis für Drittstaatsangehörige	145

4.2.1	Voraussetzungen.....	145
4.2.2	Dauer und Verlängerung.....	145
4.2.3	Geografische und berufliche Mobilität.....	145
5	Die Grenzgängerbewilligung (G-Ausweis).....	146
5.1	G-Ausweis EU/EFTA.....	146
5.2	G-Ausweis für Drittstaatsangehörige.....	146
6	Der Status von vorläufig aufgenommenen Personen (F-Ausweis).....	147
6.1	Voraussetzungen.....	147
6.2	Dauer und Verlängerung.....	147
6.3	Geografische und berufliche Mobilität.....	148
7	Der Status von Schutzbedürftigen (S-Ausweis).....	149
8	Der Status von Asylsuchenden (N-Ausweis).....	150
9	Die migrationsrechtlichen Ausweise im Überblick.....	151
VI	Die Einwanderung zwecks Erwerbstätigkeit (Arbeitsimmigration) ...	153
1	Duales Zulassungssystem.....	153
2	Erwerbstätige aus EU- und EFTA-Staaten.....	154
2.1	Personenfreizügigkeit: Bedeutung.....	154
2.1.1	Stellensuchende.....	154
2.1.2	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.....	156
2.1.3	Selbstständigerwerbende.....	160
2.1.4	Grenzgängerinnen und Grenzgänger.....	162
2.1.5	Dienstleistungserbringerinnen und -erbringer.....	162
2.2	Schrittweise Einführung der Personenfreizügigkeit.....	164
2.2.1	EU-17 (EU-15 + Zypern und Malta) und EFTA.....	164
2.2.2	EU-8.....	165
2.2.3	EU-2: Rumänien und Bulgarien.....	165
2.2.4	Kroatien.....	166
2.3	Bewilligungs- und Anmeldeverfahren.....	167
2.4	Exkurs: Flankierende Massnahmen.....	168
3	Eliteimmigration aus Drittstaaten.....	170
3.1	Bewilligung zur Erwerbstätigkeit in der Schweiz.....	170
3.2	Bewilligung zur Aufnahme einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit....	172
3.3	Bewilligung zur Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit.....	173

3.4	Die einzelnen Voraussetzungen für die Bewilligungserteilung	173
3.4.1	Tätigkeit im gesamtwirtschaftlichen Interesse.....	173
3.4.2	Höchstzahlen (Kontingente).....	175
3.4.3	Vorrang inländischer Arbeitskräfte und Arbeitskräfte aus dem EU-/EFTA-Raum.....	176
3.4.4	Lohn- und Arbeitsbedingungen	182
3.4.5	Finanzielle und betriebliche Voraussetzungen bei selbstständiger Erwerbstätigkeit	182
3.4.6	Persönliche Voraussetzungen.....	183
3.4.7	Bedarfsgerechte Wohnung	186
3.5	Grenzgängerinnen und Grenzgänger	187
3.6	Dienstleistungserbringerinnen und Dienstleistungserbringer.....	187
3.7	Verfahren	188
3.8	Stellen- und Kantonswechsel.....	190
3.9	Abweichungen von den Zulassungsvoraussetzungen (Art. 30 AuG)....	190
VII	Bewilligungen für Nichterwerbstätige	195
1	Aufenthaltszweck.....	195
2	Staatsangehörige der EU/EFTA.....	195
2.1	Genügend finanzielle Mittel für den Lebensunterhalt.....	196
2.2	Umfassender Krankenversicherungsschutz.....	199
2.3	Besonderheiten für den Aufenthalt zu Aus- und Weiterbildungszwecken.....	199
3	Drittstaatsangehörige	200
3.1	Aufenthalt für eine Aus- und Weiterbildung	200
3.1.1	Anerkannte Schule	201
3.1.2	Genügende finanzielle Mittel	201
3.1.3	Persönliche und bildungsmässige Voraussetzungen.....	202
3.1.4	Dauer der Aus- oder Weiterbildung sowie Alter der Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller	203
3.1.5	Nebenerwerbstätigkeit.....	204
3.2.	Sechsmonatiger Aufenthalt zur Stellensuche nach Abschluss einer Aus- oder Weiterbildung an einer Schweizer Hochschule	204
3.3	Aufenthalt für Rentnerinnen und Rentner.....	205
3.3.1	Besondere persönliche Beziehungen zur Schweiz.....	206
3.3.2	Genügend finanzielle Mittel.....	207

3.4 Aufenthalt für medizinische Behandlungen	210
VIII Familiennachzug	211
1 Familiennachzug durch EU-/EFTA-Bürger: Die massgeblichen Bestimmungen des FZA.....	212
1.1 Allgemeine Voraussetzungen des Nachzugs	212
1.2 Nachzugsberechtigte Personen.....	214
1.2.1 Ehegatte und Verwandte in absteigender Linie (Bst. a).....	214
1.2.2 Verwandte in aufsteigender Linie (Bst. b).....	215
1.2.3 Familienangehörige Studierender (Bst. c)	215
1.2.4 Nachzugsbegünstigte «weitere Familienangehörige».....	215
1.3 Die Rechtsstellung nachgezogener Familienangehöriger	216
1.4 Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft.....	217
1.4.1 Originäre Anspruchsberechtigung von EU-/EFTA-Bürgerinnen ..	218
1.4.2 Familienangehörige aus Drittstaaten: Verbleiberecht nach Art. 4 Anhang I FZA oder analoge Anwendung von Art. 50 AuG.....	218
1.4.3 Bei getrennt lebenden Eheleuten: Vorbehalt des Rechtsmissbrauchs (analoge Anwendung von Art. 51 Abs. 2 Bst. a AuG).....	219
1.5 Einschränkung der Freizügigkeitsrechte	220
2 Familiennachzug im Geltungsbereich des AuG	220
2.1 Ausländische Familienangehörige von Schweizerinnen	220
2.1.1 Nachzugsrechte und -voraussetzungen bei Nachzug aus Drittstaat.....	221
2.1.2 Nachzugsrechte und -voraussetzungen bei Nachzug aus EU-/EFTA-Staat	225
2.1.3 Die Rechtsstellung der nachgezogenen Familienangehörigen ..	229
2.1.4 Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft.....	229
2.1.5 Der Vorbehalt des Rechtsmissbrauchs und Rechtsverlust aufgrund von Widerrufsgründen	238
2.2 Familienangehörige von niederlassungsberechtigten Personen	249
2.2.1 Allgemeine Nachzugsvoraussetzungen	249
2.2.2 Die Rechtsstellung der nachgezogenen Personen.....	250
2.2.3 Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft.....	250
2.2.4 Der Vorbehalt des Rechtsmissbrauchs und Rechtsverlust aufgrund von Widerrufsgründen	250

2.3 Familienangehörige von Personen mit Aufenthalts- und Kurzaufenthaltsbewilligung	251
2.3.1 Allgemeine Nachzugsvoraussetzungen.....	252
2.3.2 Die Rechtsstellung der nachgezogenen Personen	253
2.3.3 Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft	254
2.4 Familienangehörige von vorläufig aufgenommenen Personen.....	254
IX Sans-Papiers und Härtefallbewilligungen	261
1 Die Verlegenheit der Politik im Angesicht der Zahl der Sans-Papiers	262
2 Die Härtefallregelung gemäss AuG	264
2.1 Die Anerkennung als «schwerwiegender persönlicher Härtefall»	264
2.2 Die einzelnen Härtefallkriterien	265
2.2.1 Integration.....	265
2.2.2 Respektierung der Rechtsordnung	266
2.2.3 Familiäre Verhältnisse	266
2.2.4 Finanzielle Verhältnisse und Arbeits- und Bildungswille	266
2.2.5 Anwesenheitsdauer in der Schweiz	267
2.2.6 Gesundheitszustand	267
2.2.7 Möglichkeiten der Wiedereingliederung im Herkunftsland	268
3 Die Härtefallregelung gemäss Asylgesetz	268
4 Das Verfahren zur Erteilung einer Härtefallbewilligung und die Rolle von Härtefallkommissionen.....	269
5 Exkurs: Zur Legalisierung von jugendlichen Sans-Papiers	271
X Verlust des Anwesenheitsrechts (Erlöschen, Widerruf, Nichtverlängerung der Bewilligung), Wegweisung und Einreiseverbot.....	275
1 Gründe, die zum Erlöschen der Bewilligungen führen	275
1.1 Erlöschen der Bewilligung durch Abmeldung ins Ausland	275
1.2 Erlöschen der früheren Bewilligung durch Erteilung einer Bewilligung in einem anderen Kanton	276
1.3 Erlöschen der Bewilligung mit Ablauf der Gültigkeitsdauer	276
1.4 Erlöschen der Bewilligung mit der Ausweisung nach Art. 68 AuG.....	277
1.5 Erlöschen nach drei- bzw. sechsmonatigem Auslandsaufenthalt – Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Niederlassungsbewilligung ..	278
2 Gründe, die zum Widerruf von Bewilligungen führen können.....	278

2.1	Durch täuschende Angaben oder Verschweigen wesentlicher Tatsachen erschlichene Bewilligung	279
2.2	Der Widerrufsgrund der längerfristigen Freiheitsstrafe	280
2.3	Der Widerrufsgrund wiederholter Verstösse gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung	287
2.4	Der Widerrufsgrund der nicht eingehaltenen Bedingung	288
2.5	Sozialhilfeabhängigkeit als Widerrufsgrund	289
2.6	Nichtigerklärung einer (erschlichenen) Einbürgerung als Widerrufsgrund.....	291
2.7	Voraussetzungen des Widerrufs der Niederlassungsbewilligung und dessen Folgen	292
2.8	Voraussetzungen des Rechtsverlusts bei EU-/EFTA-Bürgern	293
2.8.1	Rechtsfolgen von Straffälligkeit und Sozialhilfebezug.....	294
2.8.2	Rechtsfolgen von Pensionierung, Invalidisierung oder Todesfall	298
3	Nichtverlängerung der Bewilligung anstelle des Widerrufs	300
4	Wegweisung als Entfernungsmassnahme	300
5	Einreiseverbot als Fernhaltungsmassnahme	301
XI	Integrationspolitik	307
1	Integration durch Schaffung von Chancengleichheit.....	307
2	Integration durch Spracherwerb und Informiertheit	309
3	Förderung der Integration als staatliche Aufgabe, die etwas kostet.....	309
4	Integration als Kriterium bei Bewilligungsentscheiden.....	310
5	Integration durch Information – auch der schweizerischen Bevölkerung ..	311
6	Die Kurzformel der Integration: Sprache, Arbeit und Gesetzestreue – aber Gedankenfreiheit	314
7	Willkommenskultur und Zugehörigkeit als Schlüsselbegriffe	317
8	Das «C» als desintegrative neue Einbürgerungshürde.....	320
XII	Zwangsmassnahmen	325
1	Prolog: Die Ausreisefrist	325
2	Die «milden» Zwangsmassnahmen	326
2.1	Die Vorladung.....	326
2.2	Meldepflicht, Kautionspflicht und Schriftensperre.....	326

2.3	Die kurzfristige Festhaltung	327
2.4	Die Ein- und Ausgrenzung	327
3	Die Administrativhaft	328
3.1	Die verschiedenen Haftarten und Haftgründe	328
3.1.1	Die Vorbereitungshaft (maximal 6 Monate)	328
3.1.2	Die Ausschaffungshaft (maximal 6 Monate inkl. anderer Haftarten, verlängerbar bis 18 Monate inkl. anderer Haftarten) ...	329
3.1.3	Die Durchsetzungshaft (1 Monat, verlängerbar jeweils um 2 Monate, bis max. 18 Monate inkl. anderer Haftarten)	330
3.2	Der Haftzweck	331
3.2.1	Das Verhältnismässigkeitsgebot	331
3.2.2	Das Beschleunigungsgebot	333
3.3	Die Haftüberprüfung	333
3.3.1	Kontrolle durch Verfahren	333
3.3.2	Bestätigung der Haftanordnung durch den Haftrichter	333
3.3.3	Das Haftentlassungsgesuch	334
3.3.4	Das Haftverlängerungsverfahren	335
3.3.5	Erneute Haftanordnung nach der Entlassung?	335
3.4	Die Haftdauer	336
3.5	Das Haftregime	336
3.5.1	Ausgestaltung des Gefängnisalltags	336
3.5.2	Unterbringung von Kindern, Jugendlichen und Familien	337
3.5.3	Die Unterbringung von psychisch Kranken und Suizidgefährdeten	337
4	Die Ausschaffung	338
4.1	Wegweisungsvollzug mit polizeilicher Gewalt	338
4.2	Das Zwangsanwendungsgesetz	338
XIII Strafbestimmungen		341
1	Sinn und Zweck der migrationsrechtlichen Strafbestimmungen	341
2	Überblick über die einzelnen Strafbestimmungen	342
2.1	Einreise- und Aufenthaltsdelikte	342
2.1.1	Rechtswidrige Einreise und rechtswidriger Aufenthalt	342
2.1.2	Erleichterungshandlungen	344
2.1.3	Schleppertatbestand	345

2.2	Schwarzarbeit	345
2.2.1	Begriff der Schwarzarbeit	345
2.2.2	Strafbarkeit von Schwarzarbeitgebern	346
2.2.3	Strafbarkeit von Schwarzarbeitern	346
2.3	Täuschungsdelikte.....	346
2.3.1	Allgemeine Täuschungshandlungen	346
2.3.2	«Scheinehe»	347
2.4	Weitere Widerhandlungen	347
3	Strafart und Strafmass.....	348
3.1	Strafart	348
3.2	Strafmass	349
XIV	Zuständigkeit und Verfahren, praktische Tipps	351
1	Zuständige Behörden	351
1.1	Erteilung, Verlängerung und Widerruf von Bewilligungen: Kantonale Migrationsbehörde	351
1.2	Sonderfall arbeitsmarktlicher Vorentscheid: Kantonale Arbeitsmarktbehörde	352
1.3	Zustimmung des Bundesamts für Migration	352
1.4	Andere Zuständigkeiten	354
2	Verfahren und Verfahrensgrundsätze	355
2.1	Untersuchungsmaxime.....	355
2.2	Mitwirkungspflicht.....	355
2.3	Rechtliches Gehör	357
2.3.1	Mitwirkungs- und Äusserungsrecht	357
2.3.2	Recht auf Akteneinsicht.....	358
3	Begründung des Entscheides und Rechtsmittelbelehrung	359
4	Rechtsmittel	360
4.1	Kantonale Entscheide.....	360
4.2	Entscheide des BFM	362
4.3	Aufschiebende Wirkung der Beschwerde	363
4.4	Wiedererwägung und Revision.....	364
5	Kosten	365
6	Anwaltliche Vertretung, unentgeltliche Rechtspflege und Rechts- verbeiständung	365

7	Praktische Tipps	367
8	Schema: Verfahrenswege	369
XV Asylrecht		371
1	Der Flüchtling	371
1.1	Der Flüchtlingsbegriff	371
1.1.1	Die Bedeutung des Flüchtlingsbegriffs.....	371
1.1.2	Die Merkmale des Flüchtlingsbegriffs	371
1.1.3	Der Flüchtlingsbegriff in einem Satz	375
1.2	Das Rückschiebungsverbot	375
1.2.1	Das flüchtlingsrechtliche Rückschiebungsverbot	375
1.2.2	Das menschenrechtliche Rückschiebungsverbot	375
2	Die Asylgewährung	376
2.1	Regelfall: Asyl für den anerkannten Flüchtling.....	376
2.2	Der Asylausschluss.....	377
2.2.1	Der «asylunwürdige» Flüchtling	377
2.2.2	«Subjektive Nachfluchtgründe» sind Asylausschlussgründe ...	377
3	Die vorläufige Aufnahme	378
3.1	Der Schutz von Weggewiesenen.....	378
3.2	Gründe für den undurchführbaren Wegweisungsvollzug	379
3.2.1	Die Unzulässigkeitsgründe	379
3.2.2	Die Unzumutbarkeitsgründe	380
3.2.3	Die Unmöglichkeitegründe.....	382
3.2.4	Ausschluss von der vorläufigen Aufnahme?	382
4	Der Verfahrensablauf.....	383
4.1	Das Asylgesuch	383
4.1.1	Wie und wo wird ein Asylgesuch gestellt?	383
4.1.2	Das Empfangs- und Verfahrenszentrum (EVZ)	383
4.2	Die Verfahrensrechte und -pflichten	384
4.2.1	Die Anhörung.....	384
4.2.2	Der Untersuchungsgrundsatz.....	385
4.2.3	Die Mitwirkungspflicht.....	385
4.2.4	Das Glaubhaftmachen	386
4.3	Der Nichteintretensentscheid	387
4.3.1	Eigenheiten des Nichteintretensentscheids	387

4.3.2	Die einzelnen Nichteintretensgründe	388
4.4	Spezialfall: Der Dublin-Nichteintretensentscheid	389
4.4.1	Das Dublin-System	389
4.4.2	Die Dublin-Zuständigkeitskriterien	390
4.4.3	Das Dublin-Verfahren	392
4.5	Der materielle Entscheid	393
4.6	Das Rechtsmittelverfahren	394
4.7	Das Wiedererwägungs- und Revisionsverfahren	396
4.7.1	Nachträgliche Veränderung der Sachlage	396
4.7.2	Neu entdeckte Tatsachen oder Beweismittel	397
4.8	Die Zukunft: Das beschleunigte Verfahren in Bundeszentren	398
5	Die Rechtsstellung der Personen aus dem Asylbereich	400
5.1	Asylsuchende (Ausweis N)	400
5.1.1	Anwesenheitsrecht	400
5.1.2	Recht auf Erwerbstätigkeit	400
5.1.3	Mobilitätsrechte	401
5.1.4	Recht auf Familiennachzug	401
5.2	Flüchtlinge mit Asyl (Ausweis B oder C)	401
5.2.1	Anwesenheitsrecht	401
5.2.2	Recht auf Erwerbstätigkeit	402
5.2.3	Mobilitätsrechte	402
5.2.4	Recht auf Familiennachzug	402
5.3	Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und Ausländer (Ausweis F)	403
5.4	Abgewiesene Asylsuchende	403
XVI	Wege zum Schweizer Bürgerrecht	405
1	Das Schweizer Bürgerrecht	405
1.1	Gesetzliche Grundlagen – Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes des Bundes	405
1.2	Rechte und Pflichten	406
1.3	Doppelbürgerrecht	406
2	Schweizer Bürgerrecht von Gesetzes wegen	406
3	Schweizer Bürgerrecht durch Einbürgerung	407
3.1	Ordentliche Einbürgerung	407

3.1.1	Einbürgerungsbewilligung durch den Bund nach «altem» BÜG	407
3.1.2	Einbürgerungsbewilligung durch den Bund nach neuem BÜG...	410
3.1.3	Einbürgerung durch die Kantone und Gemeinden	416
3.1.4	Einbürgerung von minderjährigen Kindern.....	417
3.1.5	Verfahren und Gebühren.....	417
3.1.6	Begründung der Einbürgerungsentscheide und andere Verfahrensgarantien	419
3.1.7	Diskriminierungsverbot (Art. 8 Abs. 2 BV, Art. 12 Abs. 2 nBÜG).....	420
3.1.8	Schutz der Privatsphäre (Art. 15c BÜG, Art. 17 nBÜG).....	423
3.2	Erleichterte Einbürgerung	423
3.2.1	Allgemeine Voraussetzungen nach «altem» BÜG	423
3.2.2	Allgemeine Voraussetzungen nach neuem BÜG	425
3.2.3	Ehegatten und Ehegattinnen	425
3.2.4	Kinder	428
3.2.5	Verfahren	429
4	Verlust des Bürgerrechts.....	429
4.1	Verlust des Bürgerrechts von Gesetzes wegen	429
4.2	Verlust des Bürgerrechts durch Entlassung oder Entzug	430
5	Nichtigerklärung der Einbürgerung	430
5.1	Voraussetzungen.....	430
5.2	Hauptanwendungsfall der Nichtigerklärung.....	431
5.3	Verfahren.....	433
5.4	Folgen der Nichtigerklärung	433
6	Wiedereinbürgerung	436
6.1	Wiedereinbürgerung nach «altem» BÜG.....	436
6.2	Wiedereinbürgerung nach neuem BÜG.....	436
7	Rechtsschutz	437
7.1	Bei Entscheiden des Bundesamts für Migration.....	437
7.2	Bei kantonalen Entscheiden.....	437
	XVII Ausblick.....	441
	Stichwortverzeichnis	449